

## **Ein arabisch-palästinensischer Staat in den „Grenzen“ von 1967?**

*Von Birgit Schintlholzer-Barrows*

Man ist derart daran gewöhnt, dass Vorgänge um den jüdischen Staat nicht mit üblichen Maßstäben behandelt werden, dass es wohl einiger Anstrengung bedarf, um in der Öffentlichkeit klar zu machen, welchen Affront gegen juristische und politische Normen das palästinensische Vorhaben bedeutet, mittels UNO - über Israel hinweg - einen Staat auszurufen.

Das Vorhaben verstößt gegen all die Abkommen, die festlegen, dass allein durch Verhandlungen Grenzen zu etablieren seien. So verlangen vor allem die UN-Sicherheitsresolutionen 242 (1967) und 338 (1973) wie auch das israelisch-palästinensische Interimsabkommen von 1995 eindeutig, dass Festlegungen von Grenzen nur durch Verhandlungen zu erzielen seien. In letzterem, dem „Oslo-Abkommen“, verpflichteten sich Israelis und Palästinenser explizit, nicht einseitig zu handeln.

(Einen ausführlichen Überblick über die relevanten Abkommen bietet das „Legal Forum for Israel“ im Internet.)

All diese Abkommen würden nun durch einseitige Staatsausrufung über Bord geworfen. Israels berechtigte Ansprüche würden geleugnet, - was ganz in die Reihe der gegenwärtig so zahlreichen Versuche passt, den jüdischen Staat zu delegitimieren.

Der weitere Skandal liegt in dem Anspruch der Palästinenser auf „Grenzen von 67“, also darauf, dass die Waffenstillstandslinien nach Israels Unabhängigkeitskrieg 1948 zu Grenzen eines palästinensischen Staats würden. Diese „grüne Linie“ - zufällig entstanden, ohne geografische, politische oder juristische Fundierung und für alle damals Beteiligten von nur provisorischer Bedeutung — ist für Israel als Grenze jedoch schlicht inakzeptabel.

Sie würde sein Staatsgebiet reduzieren auf einen 9 bis 15 Meilen breiten Küsten-Streifen mit hoher Bevölkerungskonzentration in der Küstenebene und zudem die strategisch so bedeutsame jüdische Bergkette den feindlichen Arabern überlassen, - eine militärische Unverantwortlichkeit für Israel.

Zudem hätte solche Grenzziehung Signalwirkung, nämlich die Botschaft für die arabische Seite, dass alle Kriege, die nach 48 gegen den jüdischen Staat lanciert wurden, folgenlos bleiben und nicht, wie es üblich ist, ein Preis für Angriffskriege zu zahlen ist - was einer Ermunterung gleich käme, es zu gegebener Zeit noch einmal zu versuchen.

Israel hat diesbezüglich schon eine Reihe bitterer Erfahrungen hinter sich: schon in der Vergangenheit hatten militärische Rückzüge sich als schädlich erwiesen und das Gegenteil, verweigerter Rückzug, als lebensrettend.

So hatte die UNO nach Abschluss des Sinai-Kriegs von 1956 trotz langer, für Israel Nerven zermürender Diplomatie darauf bestanden, dass Israel die militärisch eroberte Sinai-Halbinsel und den Gazastreifen wieder räumte, ohne dass eine Friedensregelung erreicht worden wäre.

Dazu Golda Meir in ihrer Autobiografie: „Wir versuchten vergeblich, den Völkern der Welt klar zu machen, dass ein Rückzug auf die Waffenstillstandslinien von 1949 den Keim zu einem neuen Krieg im Nahen Osten in sich bergen würde. Millionen von Menschen ...verurteilen uns zu schnell, weil wir... nach jedem uns aufgezwungenen Krieg uns nicht gefügig auf unsere früheren Grenzen zurückziehen. Sie sollten sich auch fragen, was damals wirklich gewonnen wurde, als wir uns tatsächlich zurückzogen. Unsere Truppen verließen die Halbinsel Sinai und den Gaza-Streifen. Die Folge bestand in weiteren Kriegen, von denen jeder weit kostspieliger wurde als

der Sinai-Feldzug."

Geradezu lebensrettend hatte es sich im Jom-Kippur-Krieg ausgewirkt, dass Israel nach dem 67er Krieg sich geweigert hatte, sich auf die 49er Frontlinien zurück zu ziehen. Meir als Ministerpräsidentin während dieses Kriegs in der Knesset: man brauche „keine allzu große Vorstellungskraft, um sich zu vergegenwärtigen, wie es heute um Israel stünde, wenn wir uns an den Linien vom 4. Juni 1967 befunden hätten...Die arabischen Führer behaupten, ihr Kriegsziel sei lediglich das Erreichen der Linien vom 4. Juni 1967, aber wir kennen ihr wirkliches Kriegsziel: die totale Niederwerfung des Staates Israel. Es ist unsere Pflicht, der Wahrheit ins Auge zu blicken; es ist ferner unsere Pflicht, alle Menschen guten Willens, die diese Wahrheit nicht sehen möchten, mit Nachdruck auf sie hinzuweisen."

Golda Meir ist nur ein Glied in der Kette israelischer Ministerpräsidenten, Verteidigungsminister und anderer Politiker, die den Kampf gegen diese Unzumutbarkeit führten - meistens mühevoll hinter den Kulissen. Netanjahus Auseinandersetzung mit Obama ist nur die jüngste Variante davon - allerdings die offenkundigste. Denn der Anspruch der Palästinenser dringt immer weiter vor und erfreut sich darin breiter Zustimmung. Es ist nur zu hoffen, dass die UNO sich dem Druck nicht beugt und sich nicht in dieser Weise missbrauchen lässt.

*DIG-Magazin 2/2011 Seite 8*